

Potsdam, 14.12.2022

TOP: Einzelplan 05 - Bildung

**Rede der bildungspolitischen Sprecherin Kathrin Dannenberg**

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede

Meine Fraktion wird dem vorgelegten Haushalt nicht zustimmen.

Der Einzelplan 05 verdeutlicht, dass die Landesregierung und die Koalition nur in kleinen Ansätzen zur Kenntnis nehmen wollen, dass wir - nein nicht wir- sondern unsere Kinder, Jugendlichen und alle, die in Bildung beschäftigt sind- in den nächsten Jahren vor riesigen Problemen stehen werden.

Aus Ihrer Sicht soll aber der Bildungszug weiterrollen, irgendwie.

Rote Lichter auf dem Gleis nehmen Sie kaum zur Kenntnis auch nicht, dass viele Waggons schon lange abgehängt wurden. Dort sitzen nicht nur Kinder, die aus unterschiedlichen Gründen benachteiligt sind. Mittlerweile haben dort ein Großteil unseres pädagogischen Personals und Eltern Platz genommen.

Weichen für die Zukunft wollen Sie nicht konsequent stellen- wenn dann nur ein bisschen. Dass das nicht funktioniert, weiß jeder.

Werte Kolleg\*innen,

Von unseren Entscheidungen hängen sowohl die Bildungsbiographien tausender Kinder - als auch die Qualität des Lehrens und Lernens und auch die Unterstützung von Familien mit Kindern ab.

In diesen Zeiten der Krisen gilt es nicht Stillstand zu verwalten, sondern zu investieren- in unsere Kinder. Sie als Koalition haben sich für das erste entschieden.

Die Probleme im Bildungsbereich werden nicht ansatzweise gelöst. Es ist ihr Versuch sich bis zum Ende der Legislaturperiode durchzuwursteln.

- Es reicht eben nicht: die Qualität in den Kitas verbessern zu wollen- und die Kitareform nicht konsequent anzugehen.
- Es bringt auch nichts nur einen Teil der Familien von den Kitabeiträgen zu entlasten und die anderen im Regen stehen zu lassen.
- Es reicht nicht: vom Gemeinsamen Lernen und von multiprofessionellen Teams zu reden, aber nicht ausreichend Stellen zur Verfügung zu stellen.
- Und Sie brauchen auch nicht von einem KIP Bildung zu reden, welches schon jetzt nicht mehr den Anforderungen im Land gerecht wird.

Richtig ist, dass die Rahmenbedingungen für die finanzielle Absicherung des Landeshaushaltes schwierig sind. Aber die vorgeschlagenen finanziellen Ressourcen für den Bildungsbereich reichen nicht aus. Ihr Doppelhaushalt wird die prekäre Situation in den Kitas und Schulen weiter verschärfen.

**Daher möchte ich nochmals deutlich betonen:** Die Linksfraktion war und ist zur Zusammenarbeit bereit. Nur fraktionsübergreifend können wir die anstehenden Probleme lösen. Leider ist dies bisher in dieser Legislatur nicht gelungen.

Ihre immer wieder selbst verkündete Weisheit der Koalition bringt den Zug nicht ans Ziel.

Daher hat meine Fraktion 10 Änderungsanträge eingebracht, die eine Erhöhung der Mittel im Einzelplan 05: Bildung, Jugend und Sport um insgesamt 650 Mio Euro pro Jahr vorsehen.

Und das tun wir, weil wir der felsenfesten Überzeugung sind, dass wir genau jetzt in der Krise in die Zukunft unserer Kinder und Familien investieren müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
die Menschen kämpfen nicht nur mit den Auswirkungen des Krieges, der Inflation und der Energiekrise. Wir haben auch eine massive Bildungskrise, die die Bildungsinfrastruktur, die Fachkräftesituation und folgend die Bildungsqualität umfasst. Und dies flächendeckend im ganzen Land und auf allen Ebenen des Bildungssystems. Insbesondere in den Bereichen Kindertagesbetreuung und Schule.

### 1. Die Probleme beginnen bei den Gebäuden.

Kita- und Schulplätze in brandenburgischen Kommunen fehlen, weil die Kommunen die Baukosten nicht stemmen können. In der Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 2208 teilte die Landesregierung mit, dass nach Ablauf der Antragsfrist **des KIP II - Bildung 168** Anträge mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 670,5 Mio. Euro von Schulträgern aus allen Teilen des Landes vorliegen. Damit ist das Förderprogramm um ein Vielfaches überzeichnet. Und hier waren noch keine Anträge für Kitabauten dabei.

Das Land muss hier deutlich unterstützen. Frau Ministerin Ernst, Sie konnten erst kürzlich im Schulzentrum Calau sehen, welche Wirkung dieses Landesprogramm hat. Wir beantragen erneut, dass der Mittelansatz des KIP-II-Bildung in den beiden kommenden Haushaltsjahren um jeweils 350 Millionen Euro erhöht wird. Gestalten Sie Brandenburg mit uns familienfreundlicher und stimmen Sie zu!

### 2. Genauso dringend ist es, in die Gewinnung von Fachkräften zu investieren.

Kindertageseinrichtungen und Schulen stehen hier vor dem Kollaps. Sie kennen die Zahlen der aktuellen Lehrermodellrechnung. In den nächsten Jahren brauchen wir pro Jahr mindestens 1700 Lehrkräfte an den Schulen. Derzeit verlassen gerade mal 450 Absolvent\*innen die Uni Potsdam. Es gibt Brandenburger Schulen, wo durch den kompletten Wechsel von Kolleg\*innen in die Rente in 3 Jahren keine einzige ausgebildete Lehrkraft mehr im Schulgebäude ist. Die GEW fordert ein 100 Mrd. Programm vom Bund für eine Fachkräfteoffensive. Richtig so. Und die Entscheidung der Landesregierung Senftenberg als Bildungsort für Grundschullehrkräfte zu etablieren, ist auch richtig. Gut, dass Sie aufgewacht sind. Aber das alles wird uns jedoch erst in ein paar Jahren nützen.

Es muss uns schon jetzt gelingen, junge Menschen für das Studium zu gewinnen und zugleich klug an zukünftige Schulstandorte zu binden.

Ihr **Landlehrerstipendium** ist doch so eine Stellschraube. Aber doch nicht mit verzagten 25 Stipendien pro Jahr. Hier brauchen wir kein „Aushängeschildchen“, sondern ein ernst gemeintes wachsendes Programm. Haben Sie mit uns zusammen den Mut, hier wenigstens den nächsten größeren Schritt zu gehen und stimmen Sie unserem Antrag auf Finanzierung von jährlich 100 Landlehrerstipendien-Plätzen zu!

Klar ist, dass diese Maßnahmen erst nach Jahren Wirkung zeigen können.

Die Schulen brauchen jetzt Entlastung. Um die Bildungsqualität zu verbessern, sind **Multiprofessionelle Teams** eine weitere Stellschraube.

Aber die im vorliegenden Haushaltsentwurf vorgesehenen 250 Stellen sind definitiv nicht ausreichend. Bei 930 Schulen in Brandenburg und Schwerpunktschulen und Schulen mit offenen Lehrerstellen und zukünftigen Schulen des Gemeinsamen Lernens ist dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

IT-Spezialisten, Verwaltungsfachkräfte, Unterstützungskräfte, Psycholog\*innen, Logopädinnen, Theater- und Musikpädagoginnen uvm. könnten das Schulleben bereichern und Lehrkräfte entlasten. Viele Kinder werden diese Hilfen benötigen und dafür müssen wir aber den Rahmen schaffen. Ihr Rahmen jedoch ist viel zu klein!

Dazu zählen auch Schulsozialarbeiter\*innen.

Die Landesförderung ist so zu erhöhen, dass wir an jeder Schule des Landes, für jedes Kind einen Ansprechpartner für die Kinder ermöglichen. Nicht nur an jeder zweiten Schule.

Gleiches gilt für die Finanzierung der Schulgesundheitsfachkräfte, die an der Seite von Kindern und Eltern stehen.

Sichern Sie das mit uns endlich ab. Stimmen Sie unserem Antrag auf redaktionelle Änderung des Haushaltstitels und der sicheren Landesfinanzierung der 18 SGFK zu.

### 3. Soweit zur Schule. **Bildung fängt aber schon in der Kita an.**

Wir sind erleichtert, dass die Landesregierung per Pressemitteilung in der letzten Woche verkündete, dass unsere 200 beteiligten Kitas Sicherheit bezüglich der Fortsetzung des auslaufenden Sprachkita-Bundessprachprogramms haben. Ratlos macht uns allerdings, warum sie unseren dahingehend eingebrachten Haushaltsantrag abgelehnt haben und Finanzierung der 7 Millionen jetzt aus Bordmitteln des MBS abgesichert werden muss. Wo wollen Sie kürzen?

Überhaupt nicht haushälterisch abgesichert sehen wir die jetzt bundesrechtlich geregelte verpflichtende Aufgabe der inklusiven Gestaltung aller unserer brandenburgischen Kindertageseinrichtungen. Hören Sie auf den Menschen einzureden, dass Kita allein Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge sei. Für die Gestaltung gleichwertiger Lebens-, Aufwachsens- und Bildungsbedingungen sind Bund, Land und Kommunen gleichermaßen verantwortlich. Das Land ist auch bei der Gestaltung der inklusiven frühkindlichen Bildung in der Verantwortung! Hier brauchen die Landkreise und Kommunen eine kontinuierliche Unterstützung, die im Rahmen der Kitarechtsreform eine Umsetzung im Kitagesetz und der Kita-Personalverordnung finden muss. Jetzt sofort müssen wir seitens des Landes die Kommunen wenigstens vorübergehend mit einem Landesprogramm beim Aufbau der inklusiven Strukturen unterstützen. Lassen Sie uns dies gemeinsam tun und stimmen Sie unserem Haushaltsantrag für ein **Landesprogramm Inklusion** zu.

### 4. Wir können die Bildungssituation für unsere Kinder nur gemeinsam weiter entwickeln. **Vor allem auch gemeinsam mit den Eltern.**

Wir sind froh, dass uns unglaublich engagierte Eltern im Sinne ihrer Kinder seit Jahren konsequent und laut auf die Defizite in der frühkindlichen Bildung aufmerksam machen und zugleich vehement Unterstützung dabei anbieten, die Qualität weiterzuentwickeln. Um diese Arbeit abzusichern, stellen wir auch heute den Antrag, den **Landes-Kita-Elternbeirat** institutionell zu finanzieren und ihn damit in seiner wichtigen Arbeit abzusichern.

### 5. Absichern müssen wir insbesondere auch die **Angebote der Jugendarbeit für unsere Jugendlichen vor Ort.**

Die Corona-Pandemie, die Einschränkungen des sozialen Lebens und der gesellschaftlichen Teilhabe, wirken sich erheblich auf das Aufwachsen und die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen aus. Kinder brauchen eine Perspektive- vor Ort, dort wo sie leben, zur Schule gehen und Handball spielen.

Mehr denn je ist jetzt eine sozialraumnahe Beratungs-, Bildungs- und Freizeitinfrastruktur notwendig. Die kommunalen Haushalte sind stark belastet. Massive Einschränkungen bei den wichtigen niedrigschwelligen Angeboten der Jugend(sozial)arbeit in den Kommunen sind zu befürchten, bzw. bereits konkret zu beobachten.

Um dem entgegenzuwirken legen wir erneut unseren Antrag auf Einführung einer **Kinder- und Jugendpauschale** vor und appellieren an Sie, diesem zuzustimmen und damit ein starkes positives Signal an unsere Jugendlichen und die Kommunen zu senden.

### 6. **Ein starkes Signal aus dem Landtag brauchen auch die Familien.**

Entlasten, Sicherheit und Zuversicht geben, um Existenzen abzusichern, den Anstieg von Kinderarmut zu verhindern und den Zugang zum Bildungssystem sichern- das müssen wir hier gemeinsam tun. Ja, unsere Vorschläge kosten Geld- wären aber wirksam und dazu noch gerecht.

Eine gute und wichtige Stellschraube sehen wir unverändert in der Deckelung der weiterhin rapide ansteigenden Kostenbeiträge der Eltern für das Mittagessen ihrer Kinder in Kita, Hort und Schule auf einen Beitrag von maximal 2,00 Euro pro Tag. Diesen Antrag stellen wir heute

erneut. Ein bezahlbares warmes Essen am Tag, für die Kinder, die das wollen- das ist das Mindeste, werte Kolleg\*innen.

Zum Schluss zu einer Maßnahme, die wir hier heute gemeinsam für Familien mit kleinen Kindern auf den Weg bringen könnten. Es wäre eine historische Entscheidung, die der derzeitigen schwierigen Situation vieler Familien angemessen ist.

### **Die Umsetzung der kompletten Elternbeitragsfreiheit!**

Unser Haushaltsantrag und unser Änderungsantrag zum Kitagesetz liegen Ihnen vor.

- Wir erkennen an- der Koalition ist bewusst, dass Handlungsbedarf besteht. Nur haben Sie einen wesentlichen Fehler gemacht. Sie haben es wiedermal allein beraten.

Wir werden Ihrem Vorschlag nicht zustimmen.

- Denn sie schaffen damit weiteren sozialen Unfrieden zwischen den Familien, Ärger und Unverständnis.
- Ihr Gesetzentwurf umfasst rechtsunsichere, nicht praktikable, mit hohem Verwaltungsaufwand verbundene Regelungen, die wieder Verwaltungskosten fressen, und vor allem noch mehr Konflikte und Rechtsstreitigkeiten im hoch belasteten System der Kindertagesbetreuung erwarten lassen.

### **Was will die Linksfraktion:**

1. Wir wollen die sofortige Entlastung aller Familien durch die komplette Beitragsfreiheit für alle Bereiche in Krippe, Kita, Hort und Kindertagespflege
2. Wir wollen die entstehenden Fehleinnahmen durch eine bereits im Kitagesetz für das letzte Kita Jahr verankerte Pauschale von 125 Euro für **alle** Kinder ausgleichen.

### **Welche Vorteile hat unser Vorschlag:**

1. Es werden alle Familien entlastet- und damit auch der Zugang aller Kinder zu Bildung und Betreuung- unabhängig vom Einkommen der Eltern.
2. Das geltende Kita- Gesetz muss nur geringfügig geändert werden. Es ist einfach und unbürokratisch und sofort umsetzbar.
3. Das System der Kindertagesbetreuung wird deutlich entbürokratisiert. Die konfliktbelastete Elternbeitragsbemessung entfällt komplett. Die Träger melden nur noch die Gesamtkinderzahlen.
4. Letztlich entfallen Personal- und Verwaltungskosten und teure Zeit. Wir sparen enorm viel Geld. Diese freiwerdenden Ressourcen können viel besser für die Entwicklung der Qualität eingesetzt werden!

Sehr geehrte Kolleg\*innen, die Kritik des LandesKitaElternbeirates, des Landkreistages, der LIGA der Freien Wohlfahrtsverbände- die Kritik einzelner Kommunen- wie z.B. Legebruch, die Kritik der Opposition uns auch das Kitagebührendebakel in der Landeshauptstadt seit 2014 und viele viele rechtsunsichere Gebührensatzungen sollte Ihnen doch zu denken geben. Ziehen Sie am Freitag Ihren Antrag zurück. Stimmen Sie unserem zu. Die Familien, Kitas und Kommunen werden es Ihnen danken.